

## ***Medien in Lateinamerika: Zeit für Reformen***

Philip Kitzberger

In ganz Lateinamerika steht derzeit die Rolle der Medien in der Demokratie zur Debatte. Während die Studentenbewegung in Mexiko 2012 eine grundlegende Demokratisierung der Medien forderte, verändern im südlichen Lateinamerika mehrere linke und populistische Regierungen die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Mediensektor.

### **Analyse**

Während sich die politischen Systeme Lateinamerikas seit den 1980er Jahren demokratisierten, nahm die Konzentration von Besitz und Macht im Mediensektor eher noch zu. Dieser Widerspruch schafft Spannungen, die sowohl gesellschaftliche Reformforderungen als auch staatliche Initiativen zur Neugestaltung des Rechtsrahmens für die Medien zur Folge haben.

- Traditionelle Eliten und neue Großkonzerne prägen bis heute die lateinamerikanische Medienlandschaft.
- Reforminitiativen aus der Zivilgesellschaft und von einer Reihe von Regierungen weisen auf die zentrale Rolle der Medien für den politischen Willensbildungsprozess hin und fordern ihre Anpassung an die Erfordernisse der Demokratie.
- In Argentinien, Bolivien, Ecuador, Uruguay und Venezuela setzten die Regierungen neue Mediengesetze durch. Die hiermit verbundenen Konflikte unterscheiden sich entsprechend der jeweils gegebenen Konstellation in Politik und Medien.
- Trotz der wachsenden Bedeutung neuer Medien und Informationstechnologien dominieren die traditionellen Medien, vor allem das Fernsehen, nach wie vor die öffentliche Meinungsbildung. Nicht das Internet, sondern die „alten“ Massenmedien stehen im Zentrum der politischen Auseinandersetzungen.
- Europäische Medien berichten kaum über Forderungen aus der Zivilgesellschaft in Lateinamerika, die Medien zu demokratisieren. Die aktuellen Konflikte werden fast ausschließlich als autoritäre Tendenzen populistischer Caudillos verstanden.

*Schlagwörter: Lateinamerika, Medien, Demokratisierung, Meinungsfreiheit/  
Informationsfreiheit*

## Die Medien in den Demokratien Lateinamerikas

In der lateinamerikanischen Medienlandschaft gab es bislang kaum „öffentlich-rechtliche“ Medien mit Bildungsauftrag und einem Mindestmaß an Meinungsvielfalt. Wo es öffentlich finanzierte Medien gab, dienten diese überwiegend als Sprachrohr der Regierung und besaßen deshalb nur geringe Glaubwürdigkeit und Reichweite. Vielmehr verschränkten sich im Mediensektor überwiegend privatunternehmerische Interessen mit denen der konservativen politischen Eliten, also die Logik des Marktes mit dem Interesse an der Kontrolle politischer Information. Während traditionelle Familienunternehmen das Pressewesen beherrschten (z. B. die Edwards mit El Mercurio in Chile oder die Miró Quesada mit El Comercio in Peru), dominierten im Fernseh- und Rundfunkbereich nationale Unternehmer, später nordamerikanische Medienkonzerne sowie seit der Ära der neo-liberalen Reformen multinationale Großkonzerne.

Im Zuge der Demokratisierung und neoliberalen Reformen der 1990er Jahre verringerte sich die Rolle des Staates im Mediensektor. Länder wie Argentinien, Mexiko und Kolumbien privatisierten ihre staatlichen Medien. Gleichzeitig lockerten die Regierungen Beschränkungen für die Konzentration von Rundfunklizenzen und für wechselseitige Beteiligungen in Printmedien und Rundfunk. Mit der gleichzeitig eingeleiteten Liberalisierung in der Telekommunikationsbranche entstanden so zahlreiche Großkonzerne (zum Beispiel die Gruppe Clarín in Argentinien und RCN [Radio Cadena Nacional] in Kolumbien), wobei bereits etablierte Akteure die Führung übernahmen, nun aber mit finanzieller Unterstützung globaler Investoren agierten (Fox und Waisbord 2002). Vor allem bei kostenfrei zu empfangenen Fernsehprogrammen, die nach wie vor am meisten verbreitet waren und die größte politische Bedeutung besaßen, waren Besitzkonzentration und Massenpublikum eng verbunden. In 12 von 16 lateinamerikanischen Ländern kontrollieren zwei Ketten mehr als die Hälfte des Fernsehmarkts, in vier Fällen sogar mehr als 90 Prozent (Hughes und Prado 2011).

Diese strukturellen Merkmale des Mediensektors wirken sich auf die Demokratie aus:

- Die starke Medienkonzentration führt zur Entstehung privatwirtschaftlicher Interessengruppen, die aufgrund ihrer Bedeutung für die öffentliche Meinungsbildung überproportional über Macht und Einfluss im politischen Sys-

tem verfügen. Die Expansion privatwirtschaftlicher Medien eröffnet diesen aufgrund der parallel verringerten Abhängigkeit vom Staat erweiterte Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme. Mit anderen Worten: Die instrumentelle Nutzung der Medien besteht weiter, aber das Machtverhältnis verschiebt sich zugunsten des Marktes.

- Durch die Besitzkonzentration, die Kommerzialisierung sowie die Schwäche der öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Medien entstehen Ungleichgewichte beim Zugang zu den Medien und im Spektrum der veröffentlichten Meinung. Die publizierten Inhalte spiegeln überwiegend die Sichtweisen und Interessen der mächtigsten gesellschaftlichen Gruppen wider. Das bedeutet eine schwerwiegende Verzerrung, denn die Medien haben eine wichtige Funktion bei der demokratischen Willensbildung. Sie strukturieren und schaffen einen öffentlichen Raum, der unterschiedliche soziale Interessen sichtbar macht, legitimiert und integriert. Indem es den Lebensstil der Oberschicht als erstrebenswert propagiert, trägt das Fernsehen als Ort symbolischer Repräsentation wesentlich dazu bei, die bestehende soziale Kluft in den Gesellschaften zu stabilisieren. Gleichzeitig erfahren die Reichen im Fernsehen kaum etwas über die Lebensverhältnisse der Armen. Diese treten meist nur in Zusammenhang mit Unsicherheit und Kriminalität in Erscheinung. Dadurch reproduzieren die lateinamerikanischen Medien heute die existierende soziale Ungleichheit (Hughes und Prado 2011; Porto 2012).

### Die politische Macht der Medienunternehmen

Parallel zur Rückkehr zur Demokratie erlebte der lateinamerikanische Kontinent eine beispiellose Ausbreitung von Radio und Fernsehen. Das Fernsehen setzte sich überall als Leitmedium der Öffentlichkeit durch. Die Zahl der Fernsehgeräte je 100 Einwohner stieg zwischen 1980 und 1996 von 9,7 auf 20,4 (Fox und Waisbord 2002). Im Jahr 2005 besaßen bereits 82 Prozent der lateinamerikanischen Haushalte ein Fernsehgerät. In den größten Ländern der Region, in Brasilien, Mexiko und Argentinien, waren es sogar mehr als 90 Prozent. Diese Ausbreitung ging mit der Konsolidierung von Mediennetzwerken einher, die das gesamte nationale Territorium mit einheitlichen Programmen erreichten. Gleichzeitig konnten große Teile

der lateinamerikanischen Bevölkerung erstmals am politischen Leben teilhaben. In Peru und Brasilien wurden beispielsweise Einschränkungen des Wahlrechts für Analphabeten erst 1979 beziehungsweise 1988 abgeschafft. Angesichts der historisch geringen Verbreitung von Printmedien kam die Verbreitung der audiovisuellen Medien einer Revolution der politischen Kommunikation gleich.

Diese wirtschaftliche Dynamik in der Medien- und Fernsehindustrie war lange Zeit ein isoliertes Phänomen. Als die Region in den 1980er Jahren eine der schlimmsten sozioökonomischen Krisen der Geschichte erlebte, die mit einer immensen Staatsverschuldung und gesellschaftlichem Stillstand einherging, begründete die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der audiovisuellen Medien deren großes Prestige. Politische Institutionen und Akteure wie Regierungen, Parlamente oder politische Parteien verloren in der Krise dagegen an Glaubwürdigkeit. Umfragen zeigten, dass die Glaubwürdigkeit der Medien in dieser Zeit nur von der katholischen Kirche übertroffen wurde und weit über der staatlicher Institutionen und politischer Akteure lag. Während das Militär durch die anschließende Demokratisierung ins Abseits geriet, konnten die Medien – jetzt unter Kontrolle von Großkonzernen – ihre positive Reputation und ihre Schlüsselrolle als gesellschaftlicher Machtfaktor aufrechterhalten.

In den 1990er Jahren nutzten die Medienkonzerne ihr modernes Image und stilisierten sich selbst hoch zur Verkörperung politischer Unabhängigkeit und entpolitisierter Medien – vorgeblich eine der normativen Grundvoraussetzungen liberaler Demokratie. Gleichzeitig nahmen die politischen Eliten die Medien zunehmend als Akteure wahr, die in vielfacher Weise den politischen Prozess mitgestalteten. Politiker erkannten die Rolle der Medien für die öffentliche Meinungsbildung und ihren Einfluss auf die öffentliche Politik, andererseits aber auch ihre immense Macht, über Karrieren und Reputation zu entscheiden.

Der potenzielle Einfluss der Medien verwandelt sich in reale Macht, wenn Politiker dazu tendieren, bei ihren Entscheidungen bereits mögliche Gegenreaktionen der Medien zu antizipieren. Solange Regulierungsbehörden und Politiker an die Macht der Medien glauben, stehen deren Besitzern umfassende Möglichkeiten zur Lobbyar-

beit offen. Dadurch beeinflussen sie den Staat und besitzen praktisch eine Vetomacht gegenüber Entscheidungen, die sich auf ihre Interessen und ihre dominante Position auswirken könnten (Hughes und Prado 2011; Porto 2012). Angesichts dieser wachsenden Macht beschränkten sich die politischen Eliten gegenüber den Medien auf eine Strategie der Anpassung, Verschleierung und Kooptation.

### Veränderung des Kontexts

Seit der Jahrtausendwende wurden die Rahmenbedingungen für die Medien und ihren Einfluss auf die Politik allmählich weniger günstig. Die Debatte zur Macht der Medien wurde breiter und die Notwendigkeit zu deren demokratischer Kontrolle immer offensichtlicher. Einige Regierungen entschlossen sich zur offenen Konfrontation mit den großen Medienkonzernen. Hochrangige Politiker hinterfragten nun öffentlich die Politik der Medien und benannten die hinter ihnen stehenden Interessen. Andere setzten auf Initiativen zur grundlegenden Änderung des rechtlichen Rahmens für die Medien (Kitzberger 2012). Tabelle 1 zeigt die wichtigsten rechtlichen Reformen auf dem Kontinent.

Der sogenannte „Linksruck“ in Ländern wie Venezuela, Ecuador, Bolivien und Argentinien war eine treibende Kraft dieser Entwicklung. Aber auch in anderen Ländern mit progressiven Regierungen, wie Uruguay und zum Teil Brasilien, zeigen sich ähnliche Ansätze. In all diesen Fällen soll der Einfluss des Marktes im Mediensektor zugunsten einer staatlichen Regulierung zurückgedrängt werden (Waisbord 2013). In Staaten, in denen es keinen „Linksruck“ gab, verschließt sich die Politik diesem Problem weiterhin. Forderungen nach Demokratisierung der Medien kommen dort inzwischen zunehmend von zivilgesellschaftlichen Kräften,

**Tabelle 1: Medienrechtliche Reformen in Lateinamerika**

Argentinien	Ley de Servicios de Comunicación Audiovisual (2009)
Bolivien	Ley General de Telecomunicaciones, Tecnologías de Información y Comunicación (2011)
Ecuador	Ley Orgánica de Comunicación (2013)
Uruguay	Ley de Radiodifusión Comunitaria (2007) Ley de Servicios de Comunicación Audiovisual (2013 von der Regierung im Parlament eingebracht)
Venezuela	Ley de Responsabilidad Social de Radio y Televisión (2004)

Quelle: Zusammenstellung des Autors.

**Tabelle 2: Prozentualer Anteil der Lateinamerikaner, die Vertrauen in das Fernsehen haben**

Jahr	1996	1997	1998	1999-2000	2001	2002	2003	2004
%	50	46	45	42	49	45	36	38

Quelle: Latinobarómetro 2004.

wie beispielsweise in Mexiko von der Studentebewegung „#yosoy 132“.

Warum hat das Thema „Einfluss der Medien in der Demokratie“ eine so starke mobilisierende Wirkung? Zunächst einmal kann dies mit einer allgemeinen Reaktion auf den Neoliberalismus zusammenhängen. Tabelle 2 zeigt den Rückgang des Vertrauens in das Fernsehen zwischen 1996 und 2004.

Dieser Vertrauensverlust lässt sich möglicherweise damit erklären, dass die Befragten die Medien als Nutznießer und ideologische Unterstützer der marktwirtschaftlichen Reformen der 1990er Jahre und damit als Teil des Establishments wahrnehmen. Deshalb nehmen sie die Medien auch für die Probleme seit der Finanzkrise von 1998 in Mithaftung. Diese Vermutung wird erhärtet durch den parallelen Anstieg des Vertrauens in die wirtschaftliche Entwicklung und in die Medien (48 Prozent im Jahr 2011) in aktuellen Umfragen (Latinobarómetro 2011). Allerdings sinken diese Zustimmungswerte in den Ländern erneut, in denen die Regierungen die Medien direkt als Teil der „neoliberalen“ Ordnung, die es zu überwinden gilt, angreifen. Jedenfalls scheint ein Wechsel der politischen Eliten eine notwendige Bedingung für die Politisierung der Medienfrage gewesen zu sein. Zur Jahrtausendwende verloren Regierungen, die marktorientierte Reformen vorangetrieben hatten, Wahlen gegen Politiker, die den Neoliberalismus abzuschaffen versprachen. Außenseiter wie Hugo Chávez und Rafael Correa gelangten an die Regierung, ebenso linke Parteien wie die PT (Partido dos Trabalhadores) in Brasilien oder der Frente Amplio in Uruguay.

Politiker wie Hugo Chávez, Evo Morales oder Rafael Correa verfügten weder über Verbindungen zur traditionellen Politikerklasse noch zum Establishment im Mediensektor. Das gegenseitige Misstrauen und die Ablehnung anti-neoliberaler Rhetorik durch die traditionellen Medien eröffneten so einen neuen Schauplatz für die politische Konfrontation zwischen Regierung und Medien. Hugo Chávez übernahm die Vorreiterrolle, nachdem die wichtigsten Medienmogule Venezuelas im Jahr 2002 den gegen ihn gerichteten Putschversuch direkt und persönlich unterstützt hatten. In den

kritischen Tagen des April 2002 berichteten die privaten venezolanischen Fernsehkanäle durchgehend und exklusiv über den Generalstreik und die Oppositionsbewegung. Sie manipulierten Informationen und ignorierten die Stimmen aus der Regierung. Am 11. April

sendeten die privaten Fernsehkanäle Berichte über Treffen der Aufständischen, die die Abdankung des Präsidenten forderten, und zeigten gleichzeitig montierte Bilder von militanten Anhängern des Präsidenten, die vermeintlich in die oppositionelle Menge schossen. In der Nacht gelang es den Putschisten, den einzigen staatlichen Sender abzuschalten. Im Morgengrauen des 12. April wurde Chávez verhaftet. Die Medien verkündeten seinen „Rücktritt“ und feierten die neue Regierung, ohne die geringsten Versuche zu machen, diese Information zu überprüfen. Als Chávez-loyale Offiziere am folgenden Tag wieder die Oberhand gewannen und seine Anhänger massenhaft auf die Straße gingen, brach die Berichterstattung ab. Die Fernsehsender zeigten Telenovelas und Sport. Am 14. April endete der Putsch, die Koalition der Aufständischen war besiegt, loyale Gruppen kontrollierten den Staatssender und Chávez kehrte in den Präsidentenpalast zurück. Angesichts dieser Erfahrung verschärfte Chávez die Konfrontation mit den Medienkonzernen. Unabhängig von späteren Kontroversen wurde diese Auseinandersetzung zum Präzedenzfall für die Konfrontation mit den Medien.

Die medienkritischen Politiker unterschiedlicher Herkunft boten Akteuren der Zivilgesellschaft Gelegenheit, ihren bisher ungehörten Forderungen nach einer Reform der Medien auf Grundlage einer „Umverteilung der Kommunikationsrechte“ Nachdruck zu verleihen (Mauersberger 2012). Mit anderen Worten: Die Regierungen entdeckten in der Zivilgesellschaft Verbündete gegen die großen Medien, und die Zivilgesellschaft erhielt durch reformfreundliche Regierungen einen starken Anreiz zur Mobilisierung. Die Politisierung des Themas bewirkte eine Kanalisierung bestehender Beschwerden und Forderungen. Die verzerrende und stereotype Darstellung der sozialen Mobilisierung zu Anfang des 21. Jahrhunderts in den Medien verstärkte solche Beschwerden (Porto 2012). Transnationale Netzwerke, wie das Forum von São Paulo seit 2003 und der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft im Jahr 2005, boten den zivilgesellschaftlichen Organisationen



neue Möglichkeiten der Vernetzung. Dies erhöhte den Reformdruck auf den Mediensektor zugunsten von mehr Demokratie und Pluralismus und stärkte die Vorstellung von einer zentralen Rolle des Staates als Garant der Meinungsfreiheit und Schutz vor der Dominanz der Medieneliten.

### **Varianten der Umsetzung**

Wie sich dieser Druck konkret auf die Politik der einzelnen Länder auswirkt, hängt von den politisch-institutionellen Faktoren und Machtverhältnissen ab (Waisbord 2013). Entscheidend hierfür ist zuallererst die politische Orientierung der Exekutive. Die öffentlichen Debatten und Reforminitiativen fallen mit der Regierungsübernahme von Kandidaten der Linken zusammen. Als in Ecuador, Venezuela, Bolivien und teilweise auch Argentinien aufgrund von Krisen der traditionellen Parteien politische Außenseiter an die Regierung kamen, forderten sie das politische Establishment heraus. Dies und der Bruch der bisherigen staatlichen Beziehungen zu den Medieneliten ließen radikale Reforminitiativen erwarten. Die Radikalität kann unter Umständen auch dazu führen, dass demokratische Reformziele einer kurzfristigen, polarisierten politischen Auseinandersetzung untergeordnet werden. Bei linken Regierungen mit einem stärker institutionalisierten Hintergrund und einem an Ausgleich und Kompromiss orientierten Programm (Brasilien und Uruguay) verlaufen die Prozesse eher graduell und werden ausgehandelt. Das kann dazu führen, dass die Veränderungen im Mediensektor nachhaltiger sind; es besteht aber die Gefahr, dass die Entwicklung in einer neuen Form der Anpassung an den Status quo erstarbt.

Auch die Machtverhältnisse innerhalb der Legislative spielen eine wichtige Rolle. Trotz der starken Position des ecuadorianischen Präsidenten zwischen 2009 und 2013 blockierte das Parlament das Kommunikationsgesetz der Regierung Correa. Selbst einige Abgeordnete der Regierungsfraktion stimmten dagegen, weil sie mit den Medien in ihren Distrikten eng verbunden waren oder deren Macht fürchteten. In Brasilien wiederum waren die Regierungen der PT auf Koalitionen mit Parteien angewiesen, die nicht dem linken Spektrum entstammen und deren Abgeordnete in ihren Bundesstaaten Verbindungen zu mächtigen Medienunternehmen wie Globo haben. Diese und andere institutionelle Beschränkungen in der brasilianischen

Politik bewirkten, dass die Politiker der PT über schüchterne Versuche, eine Debatte anzustoßen, nicht hinausgingen, obwohl sich die Partei historisch mit der Demokratisierung der Medien identifiziert hatte. Anders gelagert ist der Fall Uruguay. Dort verfügten die linken Parteien über eine Mehrheit im Parlament, die es ihnen ermöglichte, nach und nach wichtige Gesetzesänderungen durchzusetzen.

Ein dritter Faktor, der Reformprozesse und ihre Ergebnisse bestimmt, liegt auf der Ebene der sozialen Interessen. Vor allem der Zusammenhalt und die Organisation der Medienunternehmen spielen dabei eine Rolle. Die Regierung von Lula da Silva in Brasilien konnte trotz großer Widerstände eine öffentliche Debatte initiieren, indem sie Risse zwischen Rundfunkanstalten und Telekommunikationsunternehmen ausnutzte. Der ecuadorianischen Regierung gelang es aufgrund der Diskreditierung der Medien, aber auch der Spaltung der Medienunternehmen, ein Gesetz zu verabschieden, das die Beteiligung von Banken an Medien verbot.

Für zivilgesellschaftliche Gruppen, die Medienreformen anstreben, sind die Möglichkeiten zur Einflussnahme sehr unterschiedlich. In Argentinien, Uruguay oder Mexiko trugen angemessene Strategien bei der Formulierung der politischen Ziele dazu bei, offene und stabile Koalitionen zwischen der organisierten Zivilgesellschaft und ihren Unterstützern zu etablieren (Mauersberger 2012; Waisbord 2013). In Ecuador dagegen schwächte die Spaltung innerhalb der Zivilgesellschaft deren Möglichkeiten zur Beteiligung an den Mediensektorreformen.

Die jeweiligen politischen Schwerpunkte der neuen Regierungen erklären ebenfalls wichtige Unterschiede. Jenseits der gemeinsamen Reformimpulse hatten die Regierungen jeweils unterschiedliche Regulierungsziele. In Ländern wie Argentinien und Uruguay ging es darum, die Struktur der Medienlandschaft zu verändern, die Konzentration des Besitzes und des Marktes zu begrenzen. Außerdem sollten mehr Akteure einbezogen, inhaltliche Schwerpunkte ausgeweitet und die Meinungsvielfalt vergrößert werden. Gesetzesinitiativen verzichteten darauf, Eigenschaften wie „Glaubwürdigkeit“ zu einem Maßstab zu machen, mit dem Inhalte klassifiziert und damit auch reguliert werden sollten. Im Gegensatz dazu ging es in Bolivien, Ecuador oder Venezuela sehr wohl vorrangig um die Regulierung von Inhalten. Ziele wie die größere Streuung in den Besitzstrukturen oder die Förderung von Programmentwicklungen jenseits

der Marktlogik wurden dem untergeordnet. Diese inhaltlichen Regulierungen führten zu kritischen Stellungnahmen internationaler Organisationen.

Demgegenüber benennt das im Jahr 2009 in Argentinien verabschiedete Mediengesetz keine Anforderungen an die Qualität der Information, etwa den Wahrheitsgehalt oder die Angemessenheit, weil dies die Meinungsfreiheit beeinträchtigen könnte. Damit stimmt es mit den Prinzipien des Interamerikanischen Menschenrechtssystems überein. Dies brachte dem Gesetz nicht nur Lob in Berichten der Vereinten Nationen und der Organisation Amerikanischer Staaten ein, sondern ermöglichte einen parteiübergreifenden Konsens bei seiner Verabschiedung.

Diese Unterschiede sind möglicherweise auf historische Erfahrungen zurückzuführen. Der Autoritarismus im südlichen Lateinamerika ging mit einem Ausmaß an staatlicher Repression einher, das es in dieser Form in den Andenländern nicht gab. Im Süden waren sowohl die Regierungen als auch die Koalitionen der Zivilgesellschaft bei der Medienreform mit einflussreichen Menschenrechtsbewegungen verbunden. Die Reform ist hier als Antwort auf historische Traumata entstanden. Diese Herkunft und die Verbindung mit dem Interamerikanischen Menschenrechtssystem erklärt die Entwicklung und Festlegung von Standards der Meinungsfreiheit und die Ablehnung eines inhaltlichen Aussortierens von Informationen. Diese wichtigen Details werden außerhalb Lateinamerikas nicht immer wahrgenommen.

### **Europäische Perspektiven**

Die europäische Presse neigt dazu, den demokratischen Druck aus den Augen zu verlieren, der den Reformen zugrunde liegt, und berichtet reduktionistisch und einseitig über die Auseinandersetzungen zur Medienreform (Mauersberger 2012). Diese Wahrnehmungen beruhen auf einem politisch-kulturellen Hintergrund, institutionell-professionellen Faktoren sowie nicht zuletzt auf handfesten unternehmerischen Interessen.

Als „Populisten“ bezeichnete Politiker rufen zunächst Misstrauen hervor, weil dieser Begriff in der europäischen politischen Kultur stark abwertend und mit antidemokratischen Konnotationen verknüpft ist. Hinzu kommt eine journalistische Praxis, die bei Informationen über entfernte Länder vielfach schon aus Kostengründen auf dortige Medien als Quellen vertraut. Sind Letztere, wie

im Fall der lateinamerikanischen Medien, selbst eine Interessengruppe in der Auseinandersetzung, sind auch die von ihnen gelieferten Informationen bruchstückhaft und parteiisch.

Schließlich sind auch die Interessen europäischer Unternehmen im Mediensektor berührt. Beispielhaft hierfür ist die Zeitung *El País* aus Madrid, die vielen europäischen Medien als zentrale Quelle für Nachrichten aus Lateinamerika gilt. Der Niedergang des Zeitungsgeschäfts und die Verluste der Gruppe in Spanien werden aktuell durch ihre Bedeutung in Iberoamerika kompensiert. Tatsächlich erwirtschaften die Medien dieser Gruppe in der Region mehr als 60 Prozent ihres Umsatzes (*El País*, 22. Juni 2013). Die Berichterstattung spiegelt diese Bedeutung wider. Im Jahr 2009 zum Beispiel verletzte *El País* bei der Berichterstattung über das argentinische Gesetz zu den audiovisuellen Diensten zahlreiche journalistische Grundregeln. Die Zeitung unterstellte der Regierung, die Medien kontrollieren und mit dem Gesetz vor allem die Gruppe Clarín treffen zu wollen. Informationen über die Konzentration in der argentinischen Medienlandschaft und die Dominanz der Mediengruppe wurden dagegen verschwiegen. Die Berichterstattung verunglimpfte die Koalition sozialer Organisationen, die das Reformprojekt initiiert hatte, und porträtierte sie als eine Minderheit, die von der Regierung instrumentalisiert werde. Die Quellenauswahl war weit davon entfernt, verschiedene Sichtweisen deutlich werden zu lassen: Berichtet wurde nur über die Positionen von Interessenvertretern der betroffenen Unternehmen, Stimmen zur Unterstützung des neuen Gesetzes wurden hingegen kaum beachtet. Dass das neue Gesetz auch die Interessen der Grupo Prisa, Eigentümer von *El País*, betraf – die Radiolizenzen der Gruppe überstiegen die erlaubte Anzahl –, wurde ebenfalls kaum erwähnt.

### **Aussichten**

Die Aussichten für eine Demokratisierung der Medienlandschaft in Lateinamerika sind nach wie vor ungewiss. In Ländern, in denen Regierungen die Reformen initiierten, ist die Weiterentwicklung der reformierten Medien eng mit deren Schicksal verknüpft. Die staatliche Regulierung des Mediensektors ist zwar eine Voraussetzung, aber keine Garantie für mehr Pluralismus und mehr Demokratie.

Gleichzeitig wäre es verfehlt anzunehmen, dass es nur in Ländern mit reformorientierten Regie-

rungen große Hoffnungen auf einen Wandel des Mediensektors gibt. Auch dort, wo eine Politisierung des Themas durch Anpassungsstrategien der politischen Elite nicht auf der Tagesordnung steht, zeigen sich Dynamiken im Medienbereich, die durch Unbehagen und Wandel in der Gesellschaft ausgelöst werden.

Die Art und Weise, wie soziale Bewegungen und Proteste in den Medien dargestellt werden, beeinflusst deren Glaubwürdigkeit bei den betroffenen gesellschaftlichen Gruppen. In diesem Zusammenhang sind die aktuellen Entwicklungen in Chile und Brasilien ebenso interessant wie die bereits erwähnten mexikanischen Studentenproteste. Nach der neuesten Umfrage des Latin American Public Opinion Project ([www.vanderbilt.edu/lapop](http://www.vanderbilt.edu/lapop)) fiel das Vertrauen in die chilenischen Medien im regionalen Vergleich zwischen 2010 und 2012 vom vierten auf den 16. Platz zurück. Dieser Absturz fällt mit verschiedenen strittigen Positionierungen der Medien zusammen: So kritisierten und kriminalisierten die traditionellen Medien die wieder auflebende Studentenbewegung. Ähnliches passierte angesichts der wachsenden ethnischen Mobilisierung im Süden Chiles. Schließlich wandten sich die massiven Verbraucherproteste gegen eine einflussreiche Firma (La Polar) auch gegen die unternehmerfreundliche Haltung vieler großer Medien.

Auch die jüngste überraschende Welle der Straßenproteste in Brasilien ist ein interessantes Beispiel. Von den ersten Protesten gegen die Preiserhöhung im öffentlichen Nahverkehr in São Paulo überrascht, diskreditierten die großen Medien, vor allem TV Globo, die Bewegung schnell als Bandenaufstand. Zusammen mit der Brutalität der Polizei war diese frühe Berichterstattung entscheidend für die Empörung und die nachfolgenden Proteste. Angesichts der Belagerung der Zentrale von Rede Globo sah sich deren einflussreiche Nachrichtensendung (Jornal Nacional) gezwungen, vor laufenden Kameras die Professionalität der eigenen Berichterstattung zu den Ereignissen zu verteidigen (Ituassu 2013). Während Medien weltweit die Proteste vor Regierungsgebäuden zeigten, wurden ähnliche Szenen vor dem Hauptsitz des größten Medienkonglomerats in Brasilien ignoriert.

Diese Beispiele zeigen ein schnell wachsendes Unbehagen gegenüber den Medien, das zu Forderungen nach mehr Repräsentation und politischer Inklusion geführt hat, auch in Ländern, in denen die politische Führung das Thema nicht besetzt. Die Reform der Medien bleibt eine ungelöste Auf-

gabe der unvollendeten politischen Demokratisierung Lateinamerikas.

## Literatur

- El País* (2013), Cebrián destaca a Iberoamérica como nuevo foco de las actividades de PRISA, 22. Juni, online: [http://sociedad.elpais.com/sociedad/2013/06/22/actualidad/1371905814\\_227347.html](http://sociedad.elpais.com/sociedad/2013/06/22/actualidad/1371905814_227347.html) (22. Juni 2013).
- Fox, Elizabeth, und Silvio Waisbord (2002), *Latin Politics, Global Media*, Austin: University of Texas Press.
- Hughes, Sallie, und Paola Prado (2011), Media Diversity and Social Inequality in Latin America, in: Merike Blofield (Hrsg.), *The Great Gap: Inequality and the Politics of Redistribution in Latin America*, University Park: Pennsylvania University Press, 109-146.
- Ituassu, Arthur (2013), *Brazil, a Crisis of Representation*, 20. Juni, online: [www.opendemocracy.net/arthur-ituassu/brazil-crisis-of-representation](http://www.opendemocracy.net/arthur-ituassu/brazil-crisis-of-representation) (26. Juni 2013).
- Kitzberger, Philip (2012), The Media Politics of Latin America's Leftist Governments, in: *Journal of Politics in Latin America*, 4, 3, 123-139.
- Latinobarómetro (2004), *Informe Latinobarómetro 2004: Una década de mediciones*, Santiago de Chile: Latinobarómetro.
- Latinobarómetro (2011), *Informe Latinobarómetro 2011*, Santiago de Chile: Latinobarómetro.
- Mauersberger, Cristof (2012), To Be Prepared when the Time Has Come: Argentina's New Media Regulation and the Social Movement for Democratizing Broadcasting, in: *Media, Culture and Society*, 34, 5, 588-605.
- Porto, Mauro (2012), *Media Power and Democratization in Brazil: TV Globo and the Dilemmas of Political Accountability*, New York: Routledge.
- Waisbord, Silvio (2013), Media Policies and the Blindspots of Media Globalization: Insights from Latin America, in: *Media, Culture & Society*, 35, 1, 132-138.

## ■ Der Autor

Dr. Philip Kitzberger ist Dozent für Politikwissenschaft an der Universidad Di Tella und Forscher am Conicet (Consejo Nacional de Investigaciones Científicas y Técnicas) in Buenos Aires, Argentinien. Er forscht zu politischer Theorie sowie zu Massenmedien und Politik. Von Februar bis Juli 2013 war er als Alexander-von-Humboldt-Fellow Gastwissenschaftler am GIGA Institut für Lateinamerika-Studien.

E-Mail: [pkitzberger@utdt.edu](mailto:pkitzberger@utdt.edu)

Für die Übersetzung aus dem Spanischen ist Christoph Heuser, Politikwissenschaftler und Mitarbeiter des Projekts „Jugendliche in Nachkriegsgesellschaften“, zu danken.

## ■ GIGA Forschung zum Thema

Politische Transformationsprozesse werden im GIGA Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ bearbeitet. Dort befasst sich das Forschungsteam 3 mit Fragen der „Partizipation und Repräsentation im Kontext von Ungleichheit“.

## ■ GIGA Publikationen zum Thema

Bergstresser, Heinrich (2009), *Afrikas Medien: Im Spannungsfeld von Meinungsfreiheit, Boulevardisierung und Repression*, GIGA Focus Afrika, 7, online: [www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika](http://www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika).

Hoffmann, Bert (2012), *Civil Society in the Digital Age: How the Internet Changes State-Society Relations in Authoritarian Regimes: The Case of Cuba*, in: Francesco Cavatorta (Hrsg.), *Civil Society Activism under Authoritarian Rule: A Comparative Perspective*, London, New York: Routledge, 219-244.

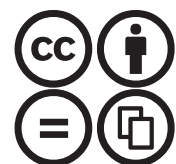
Hoffmann, Bert (2011), *Civil Society 2.0?: How the Internet Changes State-Society Relations in Authoritarian Regimes: The Case of Cuba*, GIGA Working Papers, 156, online: [www.giga-hamburg.de/workingpapers](http://www.giga-hamburg.de/workingpapers).

Kitzberger, Philip (2010), *The Media Activism of Latin America's Leftist Governments: Does Ideology Matter?*, GIGA Working Papers, 151, online: [www.giga-hamburg.de/workingpapers](http://www.giga-hamburg.de/workingpapers).

Oettler, Anika, Peter Peetz und Sebastian Huhn (2012), *Zentralamerika: Zum schwankenden Nachrichtenwert von Kriminalität in einer heterogenen Printmedienlandschaft*, in: Lateinamerikagruppe Marburg (Hrsg.), *Medien und Demokratie in Lateinamerika*, Berlin: Karl Dietz Verlag, 200-220.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter [www.giga-hamburg.de/giga-focus](http://www.giga-hamburg.de/giga-focus) und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere die korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch und Chinesisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Lateinamerika wird vom GIGA Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Sabine Kurtenbach; Gesamtverantwortliche der Reihe: Hanspeter Mattes und Stephan Rosiny; Lektorat: Ellen Baumann; Kontakt: [giga-focus@giga-hamburg.de](mailto:giga-focus@giga-hamburg.de); GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

**GIGA** *Focus*  
German Institute of Global and Area Studies  
Institut für Lateinamerika-Studien

IMPRESSUM